

„Also diese tollen Gesetze, die kannst du echt in der Pfeife rauchen“ - Warum wir eine grundlegende Transformation politischer Rahmenbedingungen in der Angehörigenpflege brauchen

Prof. Dr. Sabrina Schmitt

Das Zitat im Titel stammt von der 56-jährigen pflegenden Angehörigen Simone Schultze¹, die 2018 im Rahmen eines Forschungsprojekts befragt wurde (vgl. Schmitt 2022). Sie spricht dabei über die Pflege ihres schwer erkrankten Vaters und den Einkommensverlust, den sie aufgrund der Pflegeaufgaben hat. Dieser Verlust entsteht, weil sie im Rahmen des Familienpflegezeitgesetzes ihre Arbeitszeit reduziert hat, ohne eine Kompensation für ihren Verdienstausschlag zu erhalten. Denn die ist im Gesetz nicht vorgesehen. Und so hat Simone Schultze zwar mehr Zeit für die Versorgung ihres Vaters zur Verfügung, während sie gleichzeitig 400 Euro weniger im Monat verdient und deshalb auf die finanzielle Unterstützung ihres Ehemannes angewiesen ist. Das Beispiel der pflegenden Tochter Simone Schultze steht exemplarisch für den Einfluss, den bestehende politischen Rahmenbedingungen auf die Lebenssituation pflegender Angehöriger haben und der im Folgenden mit Blick auf die Rolle sozialpolitischer Logiken erläutert wird. Ausgehend von dieser Darstellung sollen dann Veränderungspotentiale in der Angehörigenpflege – die, so die Argumentation, nicht weniger als ein grundlegendes Infragestellen bestehender sozialpolitischer Zielsetzung erfordern – formuliert werden.

Fehlende Absicherung des „Risikos“ Pflege

Es ist mittlerweile weit über wissenschaftlichen Kontexte hinaus klar, dass die Übernahme von Pflegeaufgaben die finanziellen und sozialen Teilhabechancen von Angehörigen grundlegend einschränkt. So wird in gesellschaftspolitischen Debatten wie selbstverständlich etwa die care-bedingte Altersarmut von Frauen oder die psychische und gesundheitliche Belastung von Pflegenden thematisiert. Belastungen jeglicher Art, so scheint es fast, gehören zur Angehörigenpflege in Deutschland wie selbstverständlich dazu. Und so wird auch vergleichsweise wenig diskutiert, welche Rolle sozialpolitische Instrumente eigentlich dabei spielen, die (prekäre) Lebenssituation pflegender Angehöriger grundlegend zu verbessern. Wenn wir dieser Frage aus der Perspektive von Studien nachgehen, lässt sich erstmal festhalten, dass einige der bestehenden Instrumente wie Familienpflegezeit und Pflegezeit kaum von pflegenden Angehörigen in Anspruch genommen werden (Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2019, S. 44–45). Weiterhin verweisen Studien darauf, dass die bestehenden sozialpolitischen Instrumente zu einer erhöhten finanziellen und gesundheitlichen Vulnerabilität pflegender Angehöriger beitragen – insbesondere bei pflegenden Frauen (vgl. Haubner 2017, S. 205 ff.). In diesem Zusammenhang wird auch empirisch herausgearbeitet, dass Vereinbarkeitspolitiken ohne Entgeltersatzleistung für die Pflegearbeit insbesondere ge-

schlechtsspezifische Abhängigkeitsverhältnisse verstärken können – wie auch im Fall der pflegenden Angehörigen Simone Schultze, deren Ehemann ihren Einkommensausfall kompensiert (Schmitt 2022, S. 187 ff.). Neben pflegenden Frauen stellt die Übernahme von Pflege insbesondere für Angehörige mit geringen sozio-ökonomischen Ressourcen aufgrund der unzureichenden finanziellen Kompensation der entstehenden Kosten durch Pflegegeld ein Armutsrisiko dar (vgl. Hielscher et al. 2017).

Diese fehlende sozialpolitische Absicherung des „Risikos Pflege“ liegt, so meine Annahme, in der für den deutschen Wohlfahrtsstaat typischen, Familialisierung von Pflege und Erwerbsarbeitszentrierung von Sozialpolitik begründet. So wird die Zuständigkeit für Pflegearbeit durch wohlfahrtsstaatliche Mechanismen wie das Subsidiaritätsprinzip primär an Familien delegiert. Dabei wird wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass in diesen, implizit als bürgerliche Kleinfamilie gedachten, Familien (weibliche) Angehörige als Pflege-Reserve für die Übernahme der Versorgung zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ist eines der zentralen Ziele sozialpolitischer Instrumente, die Employability und/oder Arbeitsmarktpartizipation der pflegenden Angehörigen während der Pflege zu erhalten. Sie werden vor diesem Hintergrund so konzipiert, dass durch finanzielle Leistungen zwar Anreize für die Pflege im häuslichen Umfeld gesetzt werden, gleichzeitig aber die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbsarbeit möglichst nicht, oder nur kurzfristig, möglich wird. Die Familialisierung und Erwerbsarbeitszentrierung von Sozialpolitik wird beispielweise in Instrumenten wie dem Pflegegeld und dem Familienpflegezeitgesetz sichtbar. Oder im fehlenden Ausbau von ambulanter und stationärer Pflege-Infrastruktur, die auch eine 24-Stunden-Versorgung von etwa dementiell Erkrankten sicherstellen können.

In der Konsequenz sind pflegende Angehörige der Doppelbelastung ausgesetzt, die Pflege von älteren Familienmitgliedern zu gewährleisten und gleichzeitig ihre eigene finanzielle Existenz durch Erwerbsarbeit sicherzustellen, ohne dabei auf bedarfsdeckende Unterstützungsangebote zurückgreifen zu können.

So entsteht ein höchst belastender, verdichteter Alltag bei den Angehörigen. Außerdem etablieren sich prekäre Lebenslagen, die, insbesondere für ohnehin sozioökonomisch benachteiligte Gruppen, durch die Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen wie etwa Hilfe zur Pflege gekennzeichnet sind. Pflegenden Angehörigen mit ausreichend ökonomischen Ressourcen schließen die bestehenden Lücken im Bereich der 24-Stunden Versorgung hingegen, indem sie beispielweise die Versorgung an irregulär beschäftigte, überwiegend osteuropäische, Frauen delegieren und damit wiederum zu einem Care-Drain in anderen Ländern beitragen. Oder zusätzliche ambulante Pflegeleistungen aus eigenen Mitteln finanzieren.

Pflege-Arbeit als Regelfall des Lebens

Wenn wir also davon ausgehen, dass die ungenügende sozialpolitische Absicherung pflegender Angehöriger in der paradigmatischen Ausrichtung der Sozialpolitik an Familie und Erwerbsarbeit begründet liegt, ist es für die langfristige Verbesserung ihrer Lebenslagen entscheidend, diese Paradigmen grundsätzlich in Frage zu stellen. Denn die Übernahme von Pflege oder anderer Sorge-Arbeit (beispielweise für Kinder) ist kein zeitlich begrenzter Sonderfall - die Sorge für andere ist *Conditio humana*. Alle Menschen sind Sorgebedürftige oder Sorgende an unterschiedlichen Punkten ihrer Biografie. Die Pflege von Angehörigen über viele Jahre ist in vielen Lebenskonstellationen also nicht die Ausnahme sondern die Regel – häufig auch über Ländergrenzen hinweg. Sie kann dementsprechend auch nicht über zeitlich begrenzte Pflegeauszeiten oder gedeckelte Geldleistungen wie das Pflegegeld abgesichert und ständig mit Erwerbsarbeit vereinbart werden. Angehörigenpflege bedarf stattdessen einer sozialpolitischen Adressierung, in der die Übernahme von Pflege bzw. Sorge-Arbeit genauso wie Erwerbsarbeit als Normalfall im Lebensverlauf eines jeden Gesellschaftsmitgliedes abgesichert wird. In aktivistischen, politischen und auch wissenschaftlichen Zusammenhängen werden bereits eine Vielzahl von Konzepten diskutiert, die deutsche Sozialpolitiken mit mehr oder minder großer Radikalität in diesem Verständnis auf den Kopf stellen wollen.

Konkrete Veränderungsvorschläge - atmende Lebensverläufe

Einer dieser konkreten Ansätze ist der der atmenden Lebensverläufe (vgl. Jurczyk 2015; Jurczyk und Mückenberger 2016). Das zeitpolitische Konzept sieht für den gesamten Lebensverlauf die Einrichtung eines mehrere Jahre umfassenden Zeitbudgetkontos u.a. für Care-Arbeit vor. Dieses Zeitbudget soll allen Menschen erlauben, eine bestimmte Anzahl an Jahren der Lebensarbeitszeit selbstbestimmt u.a. für Care-Arbeit, Selbstsorge und politisches Engagement nutzen zu können. Diese Zeitrechte sollen flexibel über mehrere Jahre verteilt in Anspruch genommen und mit entsprechenden Entgeltersatzleistungen unterfüttert werden – etwa durch die befristete Reduktion von Erwerbsarbeit mit Lohnaus-

gleich (zur konkreten Ausgestaltung vgl. Jurczyk 2015, S. 277–281). Für pflegende Angehörige könnte das beispielsweise heißen, nicht auf starre Zeiten von Familienpflegezeit festgelegt zu werden, sondern Zeitkontingente für Pflege flexibel nutzen zu können. So könnte mit einem Care-Budget etwa die Erwerbsarbeitszeit zu Beginn der Pflege auf eine gewisse Stundenzahl reduziert werden, dann anschließend vollständig die Erwerbsarbeit unterbrochen werden und nach Beendigung der Pflege bei reduzierter Erwerbsarbeitszeit für Selbstfürsorge oder politisches Engagement genutzt werden.

Flankiert werden müssen solche atmenden Lebensverläufe von der Erweiterung einer Versorgungsinfrastruktur, die Familien von ihren Pflegeaufgaben entlasten. Dazu gehört die flächendeckende Verfügbarkeit professioneller Dienstleistungen wie hochwertige ambulante Dienste, ausreichend Kurz- und Verhinderungspflegeplätze sowie der Ausbau informeller Unterstützungsstrukturen z.B. im Bereich der Gemeinwesenarbeit. Diese Maßnahmen wurden im Rahmen des Berichts des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Berufe (Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2019), von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Betroffenenvertretungen und Wohlfahrtsverbänden bereits ausführlich benannt und sind hinreichend erläutert. Sie können also auch zeitnah umgesetzt werden.

Die skizzierte sozialpolitische Transformation kann nur gelingen, wenn die Perspektive von pflegenden Angehörigen systematisch in demokratische Entscheidungsprozesse einbezogen wird. Auch hierzu gibt es bereits erste Versuche wie etwa die Implementierung eines Care-Rates in Freiburg. Denn sonst werden sozialpolitische Instrumente auch weiterhin, um zur Aussage der pflegenden Tochter Simone Schultze zurückzukehren, wenig oder gar nicht zur Verbesserung der Lebenslagen pflegender Angehöriger beitragen.

Das Literaturverzeichnis ist bei der Redaktion verfügbar



Prof. Dr. Sabrina Schmitt

*Professur für Wissenschaft der Sozialen Arbeit mit den Schwerpunkten Gender und Care an der Frankfurt University of Applied Sciences
Weitere Schwerpunkte: Wohlfahrtsstaat, Sozialpolitik. Außerdem tätig u.a. für Ärzte der Welt e.V. und Siaf e.V.*

Foto: Benjamin Schmidt